

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 150 (1984)

Heft: 7-8

Artikel: Das Aktuelle Interview : was denken Politikerinnen über unsere Landesverteidigung?

Autor: Kopp, Elisabeth / Stamm, Judith / Weber, Monika

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-55648>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie denken Politikerinnen über unsere Landesverteidigung?

Elisabeth Kopp
lic. iur., Gemeindepräsidentin,
Nationalrätin (FDP)
Zumikon



Judith Stamm
Dr. iur., Jugendanwältin,
Nationalrätin (CVP)
Luzern



1. Seit 1973 gibt es in der Schweiz eine ausformulierte «Konzeption der Gesamtverteidigung». Sie wurde seinerzeit von den eidgenössischen Räten fast einhellig gebilligt und von diesen kaum je mehr grundsätzlich in Frage gestellt.

In Konkurrenz zu anderen Bundesaufgaben wird der Sicherheitspolitik oft nicht jene Bedeutung zugemessen, die ihr gemäss Bundesverfassung (Artikel 2) zugeschrieben ist. Welche Bedeutung messen Sie der Gesamtverteidigung zu?

2. Die Gesamtverteidigung setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen: Aussenpolitik, Landesversorgung, Information, Staatsschutz, Zivilschutz, koordinierte Dienste und militärische Landesverteidigung.

Ist dieses System Ihrer Meinung nach ausgewogen oder sollten die Akzente anders gesetzt werden?

3. Die «Konzeption der Gesamtverteidigung» ist im Volk wenig bekannt. Darum wird sie auch immer wieder mit der Komponente «Armee» gleichgesetzt. Nicht selten wird bei Angelegenheiten der Sicherheitspolitik von «Militarisierung» gesprochen.

Wäre es erwünscht, den Informationsstand über die «Gesamtverteidigung» zu verbessern? Wenn ja, wie?

Die Behauptung, der Sicherheitspolitik werde «in Konkurrenz zu anderen Bundesaufgaben... oft nicht jene Bedeutung zugemessen, die ihr gemäss Bundesverfassung zugeschrieben ist», müsste präziser formuliert werden, soll dazu eine Stellungnahme sinnvoll sein. Nach Art. 2 BV bezweckt der Bund «Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Förderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt». Jedenfalls aber stelle ich mich persönlich vorbehaltlos hinter die Gesamtverteidigung als das Mittel zur Behauptung unserer Unabhängigkeit.

Auf dem Papier erscheint die Konzeption der Gesamtverteidigung einigermaßen ausgewogen, wobei für mich das Element einer aktiven und kompetenten Friedenspolitik und mit öffentlichen Mitteln zu unterstützenden Friedensforschung jedoch ein angemessenes Gewicht erhalten müsste. In der Praxis könnte ich mir beispielsweise eine wirkungsvollere Aussenpolitik vorstellen und würde mir eine weniger bürokratische und kleinliche Handhabung der Belange des Zivilschutzes dringend wünschen. Die Information wird in ihren Möglichkeiten unterschätzt.

Es wäre notwendig, den Stand der Information über die GV zu verbessern. Das Geheimnis liegt jedoch nicht bei mehr Tinte und Papier, sondern bei konsequenter, mutiger und sachlicher Handhabung der Informationsbelange von der Spitze her, bei überzeugender Führung und Ausbildung und daraus folgender verstärkter «Mund-zu-Mund-Propaganda», bei der Durchsetzung des Eigenwertes der Informationspolitik in Koordination mit der übergeordneten Gesamtstrategie als einer Chance. Es ist schade, wenn wir innerhalb des Bereichs der nichtmateriellen Fragen nicht tüchtig genug sind oder jedenfalls unsere Tüchtigkeit nicht ausspielen.

Es liegt mir am Herzen, dass unser Land mit seiner Geschichte, seiner Tradition, seiner demokratischen Staatsform heute und morgen für seine Bewohner Heimat sein kann. Das bedarf eines starken Selbstbehauptungswillens unserer Bevölkerung und einer guten Vertretung unserer Interessen. Die Idee der Gesamtverteidigung, jederzeit die Möglichkeit von Krisen, Katastrophen und Bedrohungen in Rechnung zu stellen und die Vorbereitungen für deren Bewältigung zu treffen, ist eine notwendige und sinnvolle Antwort auf die Realität der heutigen Welt.

Wirtschaftskrisen, Energieengpässe, Erschütterungen des Weltwährungssystems, Umweltschäden sind heute als Bedrohungen vorstellbarer als eine kriegerische Intervention gegenüber unserm Land. Der oberflächliche Betrachter erhält aber den Eindruck, dass Gesamtverteidigung vor allem aus Armee und Zivilschutz bestehe. Hier müssten die Akzente verschoben und zum Beispiel die Bedeutung der Aussenpolitik für unser Land vermehrt in den Blickpunkt gerückt werden.

Wie bereits erwähnt, wird von vielen Gesamtverteidigung mit militärischer Landesverteidigung gleichgesetzt. Genährt wird dieses Vorurteil noch dadurch, dass die Gesamtverteidigung beim EMD angesiedelt ist. Das hat sich in der Diskussion um den Einbezug der Frauen deutlich gezeigt. Es ist daher zu prüfen, ob nicht die Zuständigkeit eines andern Departementes möglich wäre. Einer noch so guten Information wird, wenn sie vom EMD kommt, immer der Eindruck anhaften, die militärischen Belange stünden im Vordergrund.

Das vor einiger Zeit durchgeführte Vernehmlassungsverfahren über das Thema «Frau und Gesamtverteidigung» hat ein unerwartet starkes Echo – auch bei Frauen selber – ausgelöst. Das Meinungsspektrum war breit. Aber auch der nicht sehr hohe Informationsstand in dieser Materie wurde sichtbar. Das hat uns bewogen, einige eidgenössische Parlamentarierinnen zu Themen der Sicherheitspolitik zu befragen. Die Antworten lassen an Klarheit und Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig. Sie sind auch repräsentativ. Vor allem die kritischen Gedanken verdienen es, von den Behörden, von Politikern, aber auch vom Offizierskorps zur Kenntnis genommen zu werden. Vielleicht vermögen sie sogar, erwünschte Bewegung auszulösen.

Monika Weber, lic. phil., Geschäftsführende Präsidentin des Konsumentinnenforums der deutschen Schweiz, Nationalrätin (LdU), Zürich



Eine normale! Sie ist notwendig, gehört zu unserem System; jede Übertreibung in «noch mehr Perfektion» scheint mir jedoch fraglich!

Das kann ich nicht beurteilen, weil ich weder im FHD mitwirke noch im Zivilschutz. Ich habe Politologie studiert und kenne nur Grundsätzliches über Gesamtstrategien. Ich werde indessen an der Gesamtverteidigungsübung im Winter teilnehmen. Davon verspreche ich mir mehr Einblick in das Funktionieren unserer Gesamtverteidigung.

Ich glaube: Nein.

**Heidi Deneys
lic. ès sc. soc., Sekundarlehrerin,
Nationalrätin (SP)
La Chaux-de-Fonds**



Die Behauptung im zweiten Abschnitt der Frage ist meines Erachtens nicht ganz korrekt. Im Gegenteil: Das Parlament trifft seine Entscheide gestützt auf das Konzept der GV, inbegriffen jene Massnahmen, die man – in anderem Zusammenhang – als rein protektionistisch bezeichnen könnte. Das Problem besteht meiner Ansicht nach eher in der durch zu starre Anwendung eines statischen Konzepts verursachten Gefahr, die geltenden Strukturen und die bestehenden Privilegien zu erhalten, ohne die Veränderungen zu berücksichtigen, die bei uns und vor allem im weiteren Umfeld eingetreten sind.

Die intensiven Wechselbeziehungen im ökonomischen Bereich (technischer Fortschritt, Rohstoffe, Energie, Kapitaleinsatz) sollten uns auf der Suche nach Ausgleich zwischen reichen Industrie- und armen Ländern veranlassen, mehr Raum für Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu schaffen. Bezogen auf unser Land sind zurzeit zwei Faktoren zu berücksichtigen: Das zunehmende Risiko des regionalen Ungleichgewichts und vermehrter sozialer Desintegration in den Agglomerationen. Die räumliche Trennung und Entfremdung von Mensch und Arbeit sowie die Erhaltung einer natürlichen Umwelt stellen uns vor zwei neue und bedeutende Probleme.

Tatsache ist, dass die Armee in der GV mehr Platz einnimmt, als die anderen Komponenten. Dies einerseits, weil man ihr die grösseren finanziellen Mittel zuteilt, anderseits, weil sie im Leben des Schweizer Bürgers allgegenwärtig ist. Dieses Gewicht darf nicht übersehen werden. Sofern man den anderen Teilgebieten der GV nicht eine echte Chance einräumt, bleibt die Information ohne Sinn und wird eher als Indoktrinierung empfunden.

**Ruth Mascarin
Dr. med., Ärztin,
Nationalrätin (Poch)
Basel**



Es ist im Gegensatz zu Ihrer Auffassung so, dass in Konkurrenz zu anderen Bundesaufgaben der Sicherheitspolitik eine zu hohe Bedeutung zugemessen wird. Dies beweist allein schon die Tatsache, dass bei schlechter Lage der Bundesfinanzen die Rüstungsausgaben stark gestiegen sind, hingegen bei anderen Bundesaufgaben einschneidend gespart wurde: seit 1975 sind bei der AHV und bei der Krankenversicherung über 3 Milliarden Franken Bundesbeiträge gestrichen worden. Demgegenüber waren die Rüstungsausgaben nie so hoch wie heute: 8,7 Milliarden sind vorgesehen für diese Legislatur, die 10. AHV-Revision zum Beispiel darf aber nichts kosten.

Ob die GV ausgewogen ist, hängt nicht in erster Linie davon ab, wie sie sich zusammensetzt. Es überwiegt die militärische Komponente, was zu einer übertriebenen und eingeengten Dissuasions-Mentalität verleitet. Dies führt dazu, dass die Bedrohung eindimensional nur im militärischen Bereich gesehen und z. B. die ökologische Bedrohung ausser acht gelassen wird. Diese einseitige Optik führt dazu, dass die Verantwortlichen die Schweiz im Sinne der NATO nur als «Strategische Stelle» in Europa verstehen und eine wirksame Aussenpolitik gegen die Hegemonieansprüche **jeder** Supermacht und zur Entschärfung des Nord-Süd-Konfliktes verhindert wird.

Heute findet eine sture und diskussionslose Fortschreibung der Sicherheitspolitik statt. Die Behandlung der Rüstungsprogramme im Parlament gleicht Glaubensbekenntnissen. Die Tabuisierung der Kritik führt dazu, dass die schwerwiegendsten Fehlentwicklungen in der Militärpolitik geschahen: Mirage-Skandal, Panzer-68-Pannen, Vertuschungen im Saurer-Lastwagengeschäft, skandalträchtige Leopard-Panzer-Beschaffung. Falls die Information über die GV nicht bloss auf Akklamation aus ist und nicht bloss Propaganda ist, sondern zur echten kritischen öffentlichen Auseinandersetzung über unsere Sicherheitspolitik beitragen sollte, würden wir dies begrüssen.

4. Früher, zur Zeit der nationalsozialistischen Bedrohung, gab es eine «**geistige Landesverteidigung**». Unser Nachbarstaat Österreich hat diesen Begriff von uns übernommen, und er lässt ihn zum Beispiel im Schulunterricht erläutern. Wir haben die «geistige Landesverteidigung» abgeschafft. Stimmen mehren sich, dass man sie wieder einführen sollte.

Was halten Sie davon?

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die CH 1991 fällt mir auf, dass wir Schweizerinnen und Schweizer uns vermehrt auf unsere «Identität», auf unser Selbstverständnis besinnen müssen. Verantwortungsbewusstsein, Vorstellungskraft und Gestaltungswille tun not, damit unser Land auch in Zukunft bestehen und sich entwickeln kann. Das ist nicht Sache eines Schulfachs. Als Grundhaltung wünsche ich mir dabei nicht Abwehrhaltung, sondern, im Rahmen des Möglichen, Offenheit.

5. In letzter Zeit wird in westlichen Ländern (und im Gegensatz zu den Machtbereichen der Sowjetunion und der chinesischen Volksrepublik) der Zivilschutz in Frage gestellt. So auch kürzlich in unserem Parlament. Was halten Sie davon? Sind Sie mit dem relativ langsamem Auf- und Ausbau unseres Zivilschutzes einverstanden?

Mit der trockenen Feststellung, die «geistige Landesverteidigung» sei bei uns «abgeschafft», kann ich mich nicht einverstanden erklären. Richtig ist, dass wir in bezug auf den Sprachgebrauch und die Begriffe und Institutionen uns wirklichen oder angebliechen Sachzwängen angepasst haben. Ich halte wenig davon, an überlebten Schemata festzuhalten, und glaube, dass neue Verfahren und Vorstellungen auch unter neuer Flagge segeln dürfen und müssen. Richtig verstanden ist also für mich die «geistige Landesverteidigung» in ihrem Kerngehalt durchaus nicht «tot». Anderseits wurden die Verfahren und Vorstellungen, die diejenigen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges ablösen sollen, noch zuwenig klar entwickelt. Erst recht sind sie noch nicht Allgemeingut geworden.

Für mich tun wir beim Auf- und Ausbauen des Zivilschutzes im grossen und ganzen das Minimum, in manchen Beziehungen weniger als das. Enttäuschend ist für mich, dass zuwenig Frauen sich für den Zivilschutz zur Verfügung stellen. Wir können auf die Dauer nicht guten Gewissens auf die Gleichberechtigung pochen, ohne dort, wo nicht identische, aber analoge und in diesem Sinne gleiche Verpflichtungen richtig sind, diese Verpflichtungen zu übernehmen und zu erfüllen.

Soweit ich den Stand des Zivilschutzes überblicke, scheint er mir in den verschiedenen Kantonen unterschiedlich entwickelt. Die baulichen Voraussetzungen sind vielerorts wohl geschaffen. Nicht auf derselben Höhe befindet sich vielfach der Informationsstand der Bevölkerung, was denn in einem bestimmten Fall zu tun wäre. Ein grosser Mangel besteht für mich darin, dass in den Kaderpositionen des Zivilschutzes wenige Frauen anzutreffen sind.

6. Um abhaltend (dissuasiv) zu wirken und allenfalls im Kampf zu bestehen, muss eine Armee glaubwürdig sein. Sind Sie der Meinung, dass Rüstungs- und Ausbildungsstand, aber auch der Kampfwille unserer Truppe den Anforderungen eines Ernstfalles genügen würden?

Ich bin der Auffassung, dass grosso modo der «Rüstungs- und Ausbildungsstand, aber auch der Kampfwille unserer Truppen den Anforderungen eines Ernstfalles genügen würden», soweit wir schon heute diese «Anforderungen» realistisch definieren können und auch wollen. Auffallend finde ich, dass in der Frage von der Führung mit keinem Wort die Rede ist. Dies bereitet mir Sorgen, unter anderem weil wir aus parteipolitischer und menschlicher Rücksichtnahme und aufgrund von Fehleinschätzungen – Einschätzungen aufgrund ungenügender oder falscher Kriterien und mangelhafter Informationen – zu oft personelle Fehlentscheidungen treffen, die viel guten Willen gefährden und erst noch sich fortzupflanzen und zu verewigen drohen.

Über Rüstung, Ausbildung und Kampfwille unserer Armee etwas Gültiges auszusagen, ist für eine Aussenstehende mit noch wenig Beziehungen zur Armee nicht angebracht. Meine Hoffnung ist es, dass die Armee als ein Element der Friedenssicherung dazu beiträgt, dass wir auch in Zukunft in welfofener, solidarischer Gesinnung die Fragen unserer Innen- und Aussenpolitik angehen und bewältigen können.

7. Seit langem leidet die Armee an einem krassen **Unterbestand an Lehrpersonal (Instruktoren)**. Das wirkt sich nicht nur auf den Ausbildungstand von Führung und Mannschaft nachteilig aus, sondern hat auch unerwünschte psychologische Folgen. Mit EMD-interven, personalpolitischen Massnahmen liess sich das Problem bisher nicht entschärfen. Was wäre nach Ihrer Meinung zu tun?

Nach meinen bisherigen Eindrücken lässt sich mit materiellen Massnahmen nicht mehr sehr viel ausrichten, einiges wohl mit mehr organisatorischem und administrativem Fingerspitzengefühl und einer noch überzeugenderen Personalplanung schon von der Auswahl her. Eine schwer zu behende Crux ist, dass der Berufsmilitär sich in jüngeren Jahren berechtigte Hoffnungen auf seine Karriere muss machen können und in späteren Jahren, vor allem wenn diese Karriere nicht wunschgemäß verlaufen ist, leicht und lange anderen in die Quere kommt. Wie zwischen Politik und Wirtschaft pflegen wir auch zwischen Armee, Politik und Wirtschaft noch zu oft ein «Kastendenken». Es würde zum Milizsystem passen, dass Wechsel hin und her einfacher und häufiger würden.

Ich stelle mir vor, dass die Gründe, die zu diesem Zustand geführt haben, längst analysiert sind. Wenn es am Personalstopp liegt, müsste er eventuell in diesem Punkt gelockert werden. Wenn es an den Arbeitsbedingungen liegt, müssten sie verbessert werden. Was den Nachwuchs anbelangt, ist zu prüfen, ob auch Frauen als Instruktoren eingesetzt werden können. Die Anwesenheit von Frauen in Männerbetrieben wirkt sich erfahrungsgemäss psychologisch vorteilhaft aus.

Monika Weber

Ich meine, dass es genügt, daran zu denken im Moment, wo wir – was ich nicht hoffe – vor einem Ernstfall stehen müssten.

Heidi Deneys

Die Demokratie ist keine Theorie; sie entwickelt sich nur in der Praxis. Sie lässt sich nicht in einem Buch, noch mit Hilfe von Kursen an Radio oder Fernsehen erlernen. Meinungsvielfalt, kritischer und toleranter Geist sind jene fundamentalen Werte, die anerkannt und in allen Institutionen und Medien praktiziert werden sollten. «Geistige Landesverteidigung» ist deshalb für mich alles, was dazu beiträgt, die Menschen am gemeinsamen Leben teilnehmen zu lassen, damit ihre Entscheidungen vom Wohl der öffentlichen Interessen geleitet und nicht durch die persönlichen Interessen diktiert sind.

Ruth Mascarin

Jene, die heute nach einer «geistigen Landesverteidigung» rufen, sind von einer masslosen Sicherheitsideologie besessen, die in steter Angst und stetem Misstrauen dem allseitig präsenten «bösen Feind» gegenüber leben. Es gibt aber einen Zusammenhang zwischen Sicherheit und Unsicherheit, nämlich so, dass der eine Begriff sehr leicht zugunsten des anderen missbraucht werden kann. Wir müssen uns hüten, aus Angst vor der Unsicherheit uns eine Sicherheit zu verschreiben, die plötzlich keine Freiheiten mehr kennt. «Geistige Landesverteidigung» heißt in ihrer Konsequenz nur mehr uneingeschränkte Staatsmacht und weniger individuelle Freiheit.

Wir brauchen und haben einen Zivilschutz. Zu viel Perfektionismus ist unnötig.

Der Zivilschutz hat bisher zu viele Milliarden für Bauten und Ausrüstungsmaterial auf Kosten einer genügenden Ausbildungsanstrengung der Bevölkerung aufgewendet. Die Mehrheit der Bevölkerung betrachtet ihn deshalb als eine Sache, die sie nichts angeht.

Meiner Ansicht nach müsste man heute die Prioritäten umdrehen und dafür sorgen, dass die Installationen im Bedarfsfall auch wirksam und verwendbar sind. Man müsste eine bessere Ausbildung der Bevölkerung erreichen, ohne aber systematisch eine Kriegspsychose zu schüren.

Es stimmt nicht, dass der ZS **langsam** auf- und ausgebaut wird. Seit 1978 wurden zum Beispiel auch Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern der Schutzraumpflicht unterstellt; 1983 tönte der Bundesrat an, dass Privatschutzplätze und Notvorrat obligatorisch werden könnten. Unser Land hat (in Beton gesehen) den besten Zivilschutz. Nur: je nach Zahl und Kaliber der Atomwaffen kann ein «potentieller Angreifer» die von ihm gewollte Vernichtung unabhängig vom vorhandenen Schutz erreichen. Diese Tatsache macht die ZS-Konzeption zu einer Ideologie, die das falsche Bewusstsein vom «Überleben im Atomkrieg» verbreitet. Diese Bunker-Mentalität ist keine positive Lebensgrundlage für eine Gesellschaft.

Das kann nur der Ernstfall zeigen! Aber ich meine: Ja!

Glaubwürdigkeit ist ein Wort, das nicht viel aussagt. Ich glaube, dass es in der Praxis nur zur Selbstbestärkung dient. Es scheint mir, dass bei uns die Fähigkeit nicht genügend entwickelt ist, sich neue, unvorhergesehene Situationen, die sich von typischen Konfliktfällen gemäß traditioneller taktisch-militärischer Doktrin unterscheiden, vorzustellen. Die zur Verfügung gestellten Mittel für Bewaffnung, technische Ausbildung und Stärkung des Wehrwillens sind sehr bedeutend, reichen aber aus. Meines Erachtens müsste man ernsthaftere Anstrengungen in Sachen intellektueller Bildung und Schulung der geistigen Beweglichkeit unternehmen.

Ihre Frage sollte im Gegensatz lauten: wieviel Handlungsfreiheit besitzt die Schweiz im Rahmen der «Pax Atomica»? Durch die heutige Dreiteilung der Rüstung (strategische, taktische, konventionelle Waffen) und die Unmöglichkeit des Kleinstaates, die entsprechende Konflikt Ebene selber zu wählen, ist unser Handlungsspielraum klar eingeschränkt. Hier kann auch der sogenannte «Ernstfall» zu einer willkürlichen Konstruktion falscher Einschätzungen entarten. Wir brauchen ein für uns massgeschneidertes System zur Verteidigung und eine realistische Einschätzung der konkret möglichen Bedrohungsfälle. Z. B. haben gerade die Panzer für die Schweiz jegliche Bedeutung verloren, angesichts der taktischen A-Waffen-Arsenale.

Der wirkliche Mangel ist zu beheben!

Ich möchte feststellen, dass ein Lehrer im öffentlichen Schulunterricht bei der Wahrnehmung seiner Pflichten gegenüber Kindern und Erwachsenen noch viel mehr auf sich nehmen muss, – manchmal mit weniger Unterstützung als die Armee-Instruktoren. Wenn mehr Instruktoren benötigt werden, dann gehören ebenso sehr mehr Ausbilder in die obligatorischen Schulen, die Gewerbeschulen, die technischen und die höheren Schulen.

Seit der Einführung des Personalstopps (übrigens auf Druck der bürgerlichen Parlamentarier) haben alle Departemente Verfahren zur Stellenbewirtschaftung entwickelt. Nur das EMD hat eine abweichende Organisation. Das EMD ist das einzige Departement, wo man immer noch nicht weiß, ob eine bestimmte Stelle gereift ist und ob alles, was geleistet wird, der effizienten Aufgabenerfüllung auch tatsächlich dient. Dies zeigt auch ein entsprechender Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die Stellenbewirtschaftung im EMD. Dieses weigerte sich, z. B. eine sogenannte Gemeinkosten-Wertanalyse durchzuführen. Wenn man nebst anderen diese Tatsachen weiß, wird der Instruktorenmangel um einiges relativiert: Teilzeitinstruktoren könnten so, trotz diversen Widerständen, im EMD durchaus gefunden werden.